
531/J XXVIII. GP

Eingelangt am 26.02.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Beschäftigungsverhältnisse in den Ministerien im Jahr 2024**

Im türkis-grünen Regierungsprogramm heißt es auf Seite 274 unter dem Kapitel "Frauen" sowie dem Unterkapitel „Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt“:

„40% Frauenquote in jedem einzelnen Aufsichtsrat von Unternehmen in öffentlicher Hand (mehr als 50% Beteiligung): Der Bund geht mit gutem Beispiel für die Privatwirtschaft voran.“

Basierend auf dem obigen Statement kann davon ausgegangen werden, dass jedem Ministerium die Wichtigkeit von Frauenförderung, vor allem in Bezug auf Teilzeitarbeit und Betreuungspflichten, in seinem Wirkungsbereich als Vorbildfunktion bewusst ist. Deshalb stellt sich nun die Frage, wie die Beschäftigungsverhältnisse in den jeweiligen Ministerien im Detail aussehen.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie ist das aktuelle Verhältnis zwischen den beschäftigten Frauen und Männern in Ihrem Ministerium?
2. Wie viele Eltern beziehungsweise Personen mit Betreuungspflicht waren im Jahr 2024 in Ihrem Ministerium beschäftigt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Geschlecht und Alter)
3. Wie war das Verhältnis des Stundenausmaßes dieser Personen im Vergleich zu den Personen ohne Betreuungspflichten im Jahr 2024?
4. Wie viele Personen in Ihrem Ministerium waren im Jahr 2024 in Führungspositionen beschäftigt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Geschlecht und Alter)
5. Inwiefern werden bei der Personalgewinnung und -entwicklung in Ihrem Ministerium gezielte Strategien zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen umgesetzt?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

6. Wie wird die Umsetzung der Gleichstellungsrichtlinien im Ministerium überwacht und evaluiert?
7. Inwiefern hat Ihr Ministerium Maßnahmen ergriffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen und insbesondere die Position von Frauen zu stärken?